

Beilage 1514/2015 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend

die Erhebung einer Vertragsverletzungsklage gem. Art. 259 AEUV

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sie eine Vertragsverletzungsklage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union gem. Art. 259 AEUV gegen diejenigen Mitgliedsstaaten erhebt, die ihren Verpflichtungen aus der Dublin III-Verordnung nicht nachkommen.

Begründung

Die Europäische Union steht derzeit vor einer immensen Herausforderung. Die Ströme an Flüchtlingen und Wirtschafts-Migranten, die aus Afrika und dem Nahen Osten zu uns gelangen, überfordern die Aufnahme- und Versorgungsfähigkeit vieler Mitgliedsstaaten. Einige Mitgliedsstaaten werden dabei weit stärker als andere belastet. So werden momentan insbesondere in Schweden und Österreich überdurchschnittlich viele Asylanträge gestellt.

Auf Grund der geltenden Dublin III-Verordnung müssen Asylanträge in dem Mitgliedsstaat gestellt und bearbeitet werden, in dem das erste Mal das Hoheitsgebiet der Europäischen Union betreten wird. Als Binnenland dürfte Österreich daher nur in Ausnahmefällen tatsächlich das für die Asylanträge zuständige Land sein.

Einige Staaten erfüllen die ihnen zukommenden Verpflichtungen nicht oder nur ungenügend. So ist etwa bekannt, dass Italien Migranten in die nördlicheren Staaten ausreisend lässt. Niederschlag findet das unter anderem in den hohen Zahlen an Aufgriffen am Brenner und in den Tiroler Zügen. Italien verletzt damit geltendes EU-Recht und ist für die Überbelastung Österreichs mitverantwortlich.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union gegen Italien und alle weiteren Staaten zu erheben, die gegen die Dublin III-Verordnung verstoßen und ihre Pflichten nicht erfüllen.

Linz, am 15. Juni 2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Cramer, Schießl, Nerat, Klinger, Povysil, Mahr, Wall, Lackner